

Ramschwelt

Autor(en): **Scheu, René / Mäder, Claudia / Heinsohn, Gunnar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **92 (2012)**

Heft 998

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735460>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1 Ramschwelt

Was ist Geld? Die MainstreamökonomInnen verstehen nicht, was Geld ist, sagt Gunnar Heinsohn. Darum begreifen sie auch nicht, wie Zins, Geldmarkt und Banken funktionieren. Der deutsche Denker provoziert die ökonomische Zunft – und präsentiert eine durchdachte Gegenseite.

René Scheu und Claudia Mäder treffen Gunnar Heinsohn

Für das Geld scheint zu gelten, was Augustinus einst über ein anderes knappes Gut sagte: «Was also ist die Zeit? Wenn niemand mich danach fragt, weiss ich's, will ich's aber einem Fragenden erklären, weiss ich's nicht.» Können Sie erklären, was Geld ist?

Das ist eigentlich gar nicht so schwer. Am besten vergessen Sie erst mal alles, was Sie über Geld wissen bzw. zu wissen glauben. Okay?

Einverstanden.

Also gut, auf geht's: Geld ist ein Eingriffsrecht gegen das Eigentum desjenigen, der Geld emittiert. Das ist der wesentliche Punkt...

...halt. Ist Geld kein Tauschmittel?

Wie gesagt: vergessen Sie das erst mal! Umlaufendes Geld vertritt das Eigentum einer geldschaffenden Instanz, und jener, der das zirkulierende Geld in Händen hält, hat einen Anspruch gegen ebendieses Eigentum in der Hand. Zentral ist dabei, dass sich der Anspruch des Geldinhabers gegen das Eigentum des Geldschaffers richtet.

Das klingt alles sehr juristisch. Die Fragenden brauchen anschaulichere Erklärungen!

Kein Problem. Nehmen wir den Eigentümer einer Viehweide. Der hat Grasland, auf dem Rindviecher herumlaufen, die er melken und aus deren Milch er Käse machen kann. Diese physische Seite seines Vermögens ist die Besitzseite. Gleichzeitig aber hat er in unserer Gesellschaftsstruktur zusätzlich zum Besitz etwas, was andere Gemeinschaften, etwa Stammes- oder Feudalgesellschaften, nicht kannten, nämlich einen Rechtstitel, einen Eigentumstitel auf sein Vermögen. Diese Aufspaltung des Vermögens in Eigentum und Besitz erlaubt nun gleichzeitig zwei parallele Operationen: Indem er das Gras wachsen und die Tiere fressen lässt, um dann Käse zu erzeugen, nutzt er die physische (*de facto*) Besitzseite. Zugleich und ohne jede Beeinträchtigung dieser Produktion aktiviert er die unphysische (*de iure*) Eigentumsseite seines Vermögens für das Wirtschaften, indem er sie verpfändet oder belastet und damit auch für Vollstreckung oder Einlösung bereithält.

Das leuchtet ein. Wie entsteht jetzt aber auf der Viehweide konkret Geld?

Gunnar Heinsohn

ist emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen. Er ist Autor von «Eigentumsökonomik» (Metropolis, 2006; mit O. Steiger), «Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen» (Metropolis, 2003) und «Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft» (Rowohlt, 1996; mit O. Steiger).

Das Geld ist ein Kind des unphysischen Eigentums. Man stelle sich eine Person X vor, die sich in einer schwierigen Lage befindet und sich hilfesuchend an einen Eigentümer Y wendet. Dieser ist zu helfen bereit, leiht dem Bittsteller aber weder Heu noch Vieh aus seiner Besitzseite, sondern eine Note, die er mit der Eigentumsseite seiner Viehweide besichert. Diese Geldnote wird also dadurch wertvoll und umlauffähig, dass sie in Eigentum des Y eingelöst werden kann...

...X will Geld, und Y schafft Geld?

Genau. So wird Y zum Emittent von Geld: Um X etwas leihen zu können, bringt er – ob auf Ton, Metall oder Papier dokumentiert – 100 Y-Mark in die Welt, hinter denen das Eigentum an 100 Quadratmetern Weide steht, auf denen aber seine Rinder völlig ungestört weiter grasen. X läuft dann also mit einem Anspruch gegen einen Teil des Y-Eigentums durch die Welt. Y verliert dabei nur die Verfügungsfreiheit über dieses Eigentum, das er während des Kreditzeitraums nicht verkaufen, verschenken oder noch einmal belasten kann. Für diesen Verlust aber wird er mit Zins entschädigt. Zusätzlich fallen die Erträge aus der Weiternutzung seiner Viehweide weiter an ihn. Bei einem Kredit werden also keinerlei Sachgüter hin- und herbewegt.

Das hört sich nach einem altruistischen Hochrisikospiele an. Welche Motivation sollte Y haben, sein Eigentum zu belasten, um Geld zu schaffen?

Weder Y noch sonst jemand schafft Geld für sich selber. Geld wird immer für einen Schuldner geschaffen. Und dieser Schuldner geht drei Verpflichtungen ein. Jeder Schuldner verspricht, seine Schuld nach einer vereinbarten Zeitdauer zu tilgen; jeder Schuldner stellt ein Pfand im Wert des empfangenen Eigentums, und jeder Schuldner sagt eine Zinszahlung zu. Erst wenn diese drei Versprechen – tilgen, pfänden, zinsen – gemacht sind, kommt der Geldschöp-

fungsprozess in Gang. Nicht nur ist somit das Ausfallsrisiko durch ein Pfand gedeckt, sondern der Geldemittent hat überdies die Aussicht auf einen Zinsertrag für das Unfreimachen von Besicherungseigentum. Dass der Zins unmittelbar zum Geldschöpfungsprozess gehört, bedeutet freilich, dass jedes Stück Geld die Forderung nach mehr Geld in sich trägt – woraus sich die wirtschaftsgebärende Dynamik des Eigentums respektive von dessen Abkömmlingen Geld und Zins erklärt.

Ist doch ziemlich kompliziert. Das würde heissen, dass das Schaffen von Geld auf der Basis von Eigentum das Wirtschaften ursächlich in Gang setzte. Gemeinhin geht man vom Umgekehrten aus: Wurde Geld nicht geschaffen, um das in Gang gekommene Wirtschaften zu erleichtern?

Nein! Nicht das Geld kommt vom Tauschen, sondern das Tauschen kommt vom Geld. Die herrschende Lehre sagt natürlich etwas anderes: Für fast alle Wirtschaftsnobelpreisträger ist Geld ein Mittel zur Erleichterung des Tausches. Aus deren Sicht hat einst

Papier kann deshalb Eigentum erwerben, weil es selbst mit Eigentum besichert ist, weil hinter ihm Eigentum steht.

jemand ein Schwein gegen den Esel eines anderen tauschen wollen. Da die beiden aber nicht wussten, wie sie die Tiere in ein gerechtes Verhältnis setzen sollten, haben sie auf ein drittes Gut zurückgegriffen – das hätten Meerschweinchen sein können

– und damit dieses sogenannte Standardgut als Geld gewählt. Ein Esel habe dann 80, ein Schwein dagegen nur 40 Meerschweinchen gekostet. Allerdings ist niemals ein Übergang vom Tausch «Gut gegen Gut» zum Tausch «Gut gegen Geld» beobachtet worden. Schon vor 30 Jahren konnte deshalb der Ökonom Georg Dalton ein Jahrhundert der Forschung zusammenfassen: «Reiner Gütertausch – im strengen Sinne eines geldlosen Markttausches – ist in Gesellschaften aus Vergangenheit und Gegenwart, über die wir zuverlässige Informationen besitzen, niemals ein quantitativ nennenswertes oder gar beherrschendes Muster für ökonomische Transaktionen gewesen. Geldloser Markttausch stellte keine evolutionäre Stufe [...] vor dem Beginn eines geldvermittelten Markttausches dar.»

Das ist kontraintuitiv...

...das mag schon sein. Aber es ist empirisch gut belegt. Die herrschende Lehre ist womöglich intuitiv, aber historisch nicht belegt.

Sie sagen also: Geld kam als Kredit in die Welt?

Über Kredit zwischen zwei Eigentümern. Geld ist nicht gleich Kredit. Vielmehr gehören zur Geldschaffung immer zwei Dokumente. Das eine ist der Kreditvertrag über Summe, Zins, Pfand und Tilgungsfrist, den der Schuldner aus seinem Eigentum besichert. Das andere Dokument ist das Cash, das mit Eigentum des Gläubigers

besichert ist. Diese beiden Titel entstehen immer gleichzeitig. Geld als Einlösungsrecht in Eigentum kommt also erst in Umlauf, wenn der Kreditvertrag unterschrieben ist und damit Pfand, Tilgung und Zins zugesagt sind. Wenn dann nach Ablauf der vertraglich vereinbarten Frist die Schuld getilgt und der Zins bezahlt ist, können beide Dokumente – Kreditvertrag und Note – zerrissen werden. Geld wird also genau wie Kredit dauernd geschaffen und vernichtet. Gläubiger- und Schuldneigentum sind dann wieder frei und können von neuem belastet werden.

Von einem Kreditvertrag sehe und spüre ich aber nichts, wenn ich in diesem Restaurant mein Stück Papier gegen einen Kaffee eintausche.

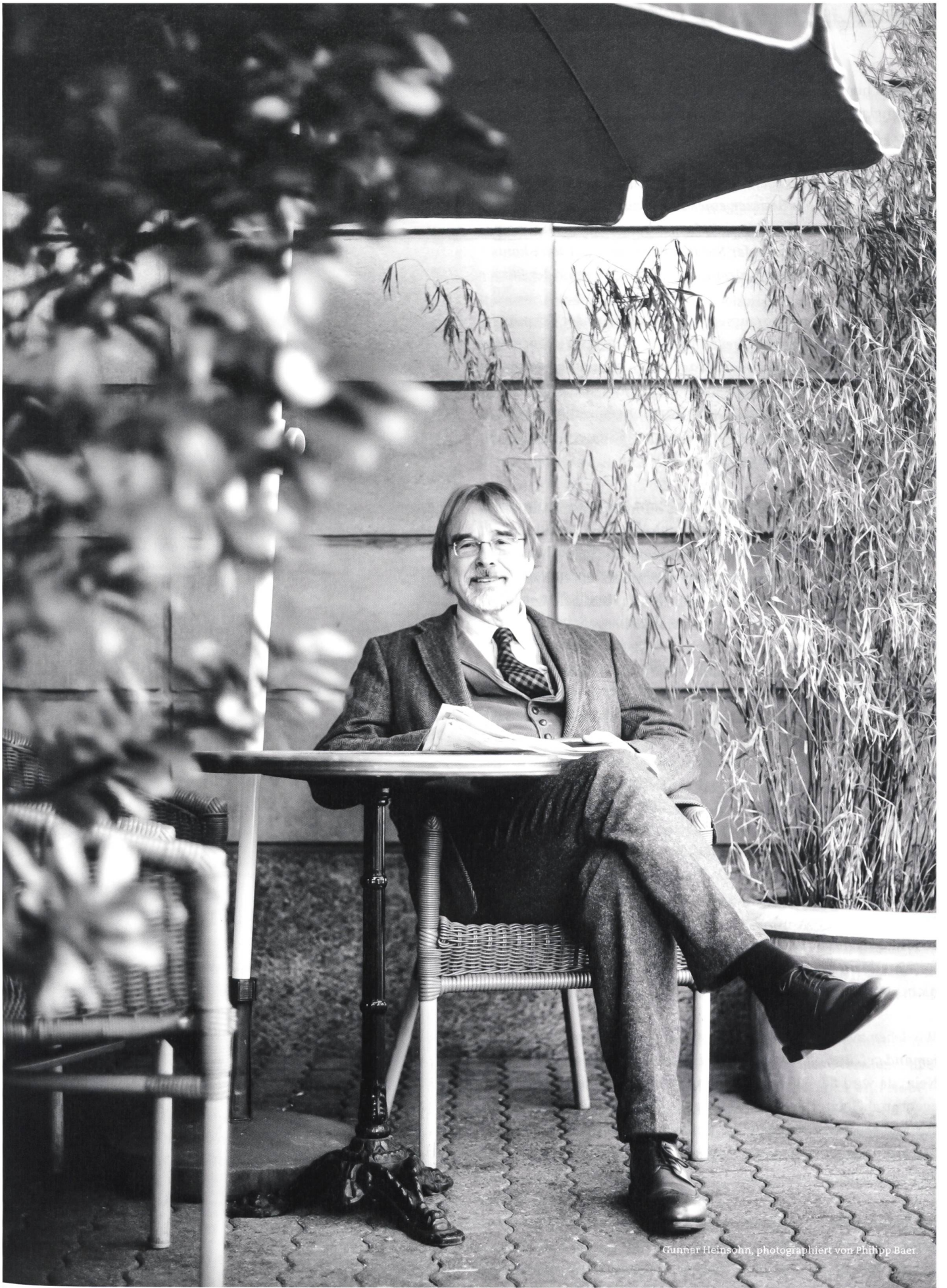
Papier kann deshalb Eigentum erwerben, weil es selbst mit Eigentum besichert ist, weil hinter ihm Eigentum steht. Im Falle einer Zehnfrankennote ist es die Schweizerische Nationalbank, die als Geldherausgeberin mit ihrem Eigentum – heute nennt man dies Eigenkapital – für den Papierschein geradesteht. Ein Franken ist somit besichert mit dem Eigentum der Nationalbank. Den Kreditvertrag, der Ihre Note erst in die Welt gebracht hat, sehen Sie natürlich nicht, und welche Geschäftsbank den unterzeichnet hat, weiss auch nur der Emittent. Als Geldverwender hoffen Sie einfach, dass es dieses Kreditdokument und die verpfändende Geschäftsbank wirklich gibt, denn sonst wäre Ihr Schein bloss Luft.

Nebst dem Kredit steht demnach auch die Gutgläubigkeit an der Basis unseres Geldsystems?

Tatsächlich gehen Sie als Systemteilnehmer blind davon aus, dass das umlaufende Geld mit gutem Eigentum des Geldschaffers – früher Weidelandeigentum, heute Eigenkapital – besichert ist und dass ein Kreditvertrag mit einem anständigen Pfand besteht. Früher, als noch private Notenbanken Geld herausgegeben haben, war es relativ einfach, diese Unsicherheit auszugleichen: Wenn sich herumsprach, dass ein Bankhaus gar kein Eigentum mehr hatte oder schlechte Pfänder annahm, wurde der Wert der Geldstücke von den Marktteilnehmern bzw. Geldbenutzern abdiskontiert.

Heute läuft das offensichtlich anders: Zwar spricht sich herum, dass die Sicherheiten der Notenbanken mies sind; weil aber jene Instanzen, die diese Unsicherheiten annehmen, gleichzeitig auch definieren, was als sicher gilt, wird ein Ausgleich durch den Markt verhindert. So gelten Staatsanleihen weiterhin als beste Sicherheit.

Effektiv sieht unser System heute so aus, dass weder im Eigenkapital der Zentralbanken, die Geld besichern, noch in den Pfändern der Geschäftsbanken, die sich Geld leihen, klassische Vermögen aus Immobilien, Industrie oder Landwirtschaft stehen. An beiden Stellen besteht das Eigentum aus Staatspapieren – die vielerorts aus vergreisenden und schrumpfenden Bevölkerungen stammen und deshalb kaum bedienbar sind. Gut bedienbare Papiere gibt es in einigen dynamischen Entwicklungsländern, deren Bevölkerungen jung und deren Verschuldungsquoten gering sind. Zwischen 2001 und 2011 sind die weltweiten Staatsschulden von 11 auf 31 Billionen Dollar gestiegen, und aufgetürmt wurde dieser Berg im



Gunnar Heinsohn, fotografiert von Philipp Baer.

wesentlichen von Ländern wie Deutschland, Frankreich, den USA oder England. Wo solche Papiere als Sicherheit für Geld dienen, hätte es früher nur eine Reaktion gegeben: raus aus diesem Geld!

Dann stellt sich die Frage, was in diesem Fall das «Eingriffsrecht» konkret wert ist. Als Besitzer eines Euros habe ich Anspruch auf Eigentum, das aus reinen Versprechen, nämlich luftigen Staatspapieren, besteht. Kann nun der Staat, wenn's hart auf hart kommt und Einlösung wirklich gefordert wird, auf das Eigentum der Bürger zugreifen?

Das würde zwei Dinge voraussetzen. Erstens, dass der Staat überhaupt genügend Bürger hat, bei denen Eigentum etwa in Form von Häusern, Grundstücken oder Unternehmen und so weiter zu holen ist. Und zweitens, dass der Staat über die Möglichkeit verfügt, mit geladener Pistole in die Wohnungen seiner Bürger zu gehen. Im Normalfall wird er seinen Bürgern Steuern auferlegen, bevor er in ihre Häuser dringt.

Da läuten aber die Alarmglocken. Der Staat hat doch die Aufgabe, das Eigentum seiner Bürger zu schützen!

Als Staatsbürger befindet man sich in einer merkwürdig zweigeteilten Situation. Jeder Bürger besteht quasi aus einer privaten und einer staatlichen Hälfte. Die private Seite hat Eigentum im Preis von – sagen wir – 50 000 Einheiten und weiss, dass sie sich damit keine 100 000 leihen kann. Während diese Seite dauernd ihre Belastungsgrenze auslotet, leiht sich aber die Staatsbürgerseite

eine ganze Million – was die Privatseite fassungslos zur Kenntnis nimmt. Schliesslich weiss sie um ihre 50 000er Grenze und verfolgt entsetzt das immer weitere Auseinanderdriften ihrer beiden Hälften. Aus deren Diskrepanz berechnen die Ratingagenturen ja auch die Sicherheit eines Staatstitels. Wenn ein Staat Anleihen über 10 Millionen herausgibt, während seine Bürger nur über Eigentum im Wert von 5 Millionen verfügen, ist klar, dass die Bedienbarkeit nicht gegeben und das Papier Ramsch ist.

Wir leben zwar in einer Demokratie. Uns als Bürger hat aber nie jemand gefragt, ob wir uns eine Million leihen wollen.

Nein, da wird der Bürger nicht gefragt. Deshalb dient die Ratingagentur als letzter Schutz des Bürgers. Wenn sie einen Staatstitel auf Ramsch setzt, zeigt sie die unüberbrückbare Kluft zwischen privatrechtlicher Leistungsfähigkeit und staatsbürgerlicher Verschuldung.

Die Rhetorik der EU ist eine andere. Für sie sind die Ratingagenturen Teil des Problems, nicht der Lösung.

Wenn Agenturen – wie etwa 2011 für Griechenland – schätzen,

Auszeichnungen für Ihr Handgelenk: Zürich heisst die wohl markanteste NOMOS-Uhr, gezeichnet vom Schweizer Gestalter Hannes Wettstein. Mehr als ein Dutzend Preise hat das Modell schon: etwa den iF, den red dot oder den Good Design Award.

Für 4040 Franken bei: Aarau: Wimmer Goldschmied; Basel: Elsa Gili Schaurbaum; Bern: Helen Kistler; Ulm: Uwe; Brüssel: Schmuckschmied Cerny; Zürich: Ueli Goldschmied; Dorn: Platz; Aachen: Hirsch; Lauchingen: Vöhringer; Locarno: Zellen; Gießen: Lauen; Langenbauer

Neu sind jetzt Zürich in Blaugold und Braungold – und sofort wurde letztere für den „Preis der Preise“, den Bundesdesignpreis, nominiert: schönste Zeitmesser fürs Leben, mit NOMOS-Automatik-Kaliber Epsilon aus Glashütter Manufaktur.

Goldschmied: Otten; Märgli; Salmaun Dorf; Märgli; Solothurn: Märgli; St. Gallen: Lehmann; Chur: Schmid; Winterthur: Wehrli; Zug: Maya Sulzer; Zürich: Daniel Fässel, Zettlmeier – und W. Zöcher; NOMOS-Fragmentstore: www.nomos-shop.com und www.nomos-glashutte.ch



NOMOS
GLASHÜTTE

dass von einem 10 000er Staatstitel aus der Steuerkraft der Bürger nur 2000 bedienbar sind, dann setzen sie ihn auf Ramsch. Natürlich sieht der Club der 17 Euroländer auch, dass diese Papiere weitgehend wertlos sind. Gerade deshalb versprechen sie ja, mit als stark geltenden deutschen oder holländischen Staatspapieren den südlichen Ramsch zu garantieren. Sie wollen ihn so weiter nahe 10 000 halten, den wahren Preis von 2000 also verhindern.

Wie kann ein Land wie Deutschland, das erheblich am Aufbürden des weltweiten Schuldenbergs beteiligt und also selber hochverschuldet ist, für irgendetwas garantieren?

Der deutsche Staatsbürger gilt erstaunlicherweise als bester Schuldner der Menschheit. Dabei hat er noch niemals getilgt. Im Gegenteil, zwischen 1970 und 2012 steigerte der deutsche Staatsbürger seine Prokopfschuld von 800 auf 24 000 Euro. Obwohl die Deutschen also ihre Schulden innert 40 Jahren verdreissigfacht haben, gelten sie als Weltmeister der Solidität.

Unter Blinden mag der Einäugige König sein. Wie aber eine riesige Verschuldung dazu beitragen kann, eine enorme Verschuldung auszugleichen, ist ihm besten Willen nicht einsichtig.

Natürlich ist auch der deutsche Staatstitel partiell nur mit Luft besichert. Gleichwohl kann ein 10 000er Papier sogar 12 000 kosten, weil aus den Papieren anderer Staaten geflohen wird, die in jedem Fall schneller von 10 000 auf 2000 fallen als die deutschen. Gleichwohl benötigen auch die deutschen Titel einen Hilfsstrick der Zentralbank. Weil ein langfristiger deutscher Titel nur zwischen 2 und 3 Prozent bringt, würde keine Bank ihn kaufen können, die sich das dafür erforderliche Geld bei ihrer Zentralbank mit 4 bis 5 Prozent besorgt hat. Glatter Wahnsinn wäre das! Niemand leiht sich etwas zu 4 Prozent, um damit etwas kaufen zu können, das nur 2 Prozent abwirft! Der Verkauf auch deutscher Staatstitel funktioniert also nur so lange, wie der Zins der Zentralbank noch tiefer liegt als ihr erbärmlicher Ertrag. Lage der Zentralbankzins bei 5 Prozent, müssten auch die Deutschen 6 oder 7 Prozent anbieten, also Sätze, bei denen die EU-Südländer vor dem Herztod bewahrt werden müssten – und zwar durch Rettungsschirme aus deutschen Staatspapieren.

Wo genau liegt das Problem, wenn der Zins tief und damit das Geld billig ist?

Das Problem liegt in der falschen Antwort auf die Kernfrage der Wirtschaftswissenschaft: Was ist der Verlust eines Verleihers, den sein Borgler mit Zins ausgleichen muss? Notenbank und Nobelpreisträger meinen, der Zins sei der Preis des Geldes, das sie als ein Gut auffassen. Der Preis des Geldes aber ist sein Wechselkurs. Für das Erklären des Zinses besuchen wir noch einmal unseren geldemittierenden Eigentümer einer Viehweide. Wofür verlangt der von seinem Schuldner Zins? Nicht dafür, dass er Kühe verliert, deren Milch er verliert, so dass er keinen Käse machen kann und deshalb vom Borgler, der die Milch so verwendet, einen Teil des Käses als Zins erhalten muss. So steht es in den Lehrbüchern. Aber

wir wissen ja, dass der Verleiher nicht eine einzige Kuh herleiht und keinen Tropfen Milch verliert. Er fordert Zins, weil er sein Eigentum für die 12 Monate der Kreditlaufdauer unfrei macht, es nicht verkaufen oder noch einmal belasten kann. Die Rindviecher aus der Besitzseite des Vermögens melkt er weiter. Das Eigentum an ihnen und der Wiese jedoch muss er für den Fall einer Einlöseforderung bereithalten. Diesen zwölfmonatigen Verfügungsverlust lässt er sich mit Zins abgelden. Er kann auf den Zins also nicht verzichten, weil er der Sinn seines Geschäfts ist, das im Belasten und damit Riskieren von Eigentum besteht.

Die Zentralbanken geben folglich ihr Kerngeschäft auf, wenn sie den Zins minimieren. Wie können sie sich das leisten?

Politiker und Professoren betrachten die Zentralbank als Behörde – etwa wie ein staatliches Elektrizitätswerk, das für das Fließen des Stroms zu sorgen habe. Tatsächlich aber ist eine Zentralbank

Solange man oben immer wieder Benzin ins Feuer giesst, kann man unten regeln, soviel man will.

nichts anderes als eine grosse Geschäftsbank, die Geld an kleine Geschäftsbanken verleiht und die zur Besicherung ihres Geldes Eigentum unfrei macht: Eigentum, das ihre Staatsbürger eingelegt haben. Den Zins auf null fahren und damit auf die Abgel-

tung fürs Unfreimachen von Eigentum verzichten können die Notenbanker folglich nur, weil sie sagen: Das interessiert uns doch nicht, dass ihr Bürger jetzt nichts mehr verdient und euren Anteil am Zentralbankgewinn für neue Krankenhäuser oder Autobahnen verliert.

Zusammengefasst heisst das alles: Die Zentralbanken verleihen gegen schlechte Pfänder und unter Verzicht auf Zinsgewinn Geld, damit die Geschäftsbanken Papiere kaufen können, die sonst keine Abnehmer fänden?

Genau. Und zuletzt muss sich der Kreis ja auch wieder schliessen. Der Staatsbürger verliert ja nicht nur den Gewinn aus dem Zins seines Anteils an der Zentralbank. Obendrein muss er den Zins an die Geschäftsbanken zahlen, die Staatspapiere ja nur so lange kaufen, wie deren Zins über dem der Zentralbank liegt. Denn woher nimmt seine Regierung das Geld für diese Zinspflicht? Aus neuen Staatspapieren. Der Zinsgewinn der Banken erscheint also direkt als zusätzliche Schuld auf der Staatsbürgerseite der Bevölkerung.

Das ist ja eigentlich skandalös. Weshalb begehren die Bürger nicht auf?

Weil alle Bürger insgeheim auch wollen, dass es weitergeht. Jeder weiss, dass der Schuldenberg niemals abzutragen ist, und jeder hofft folglich, dass der Zusammenbruch erst erfolgt, wenn die eigene Privatseite erloschen ist. Das heisst: Es gibt ein kollektives Interesse, immer schön weiterzumachen und das System möglichst spät krachen zu lassen. Deshalb sind die jungen Leute heute

nervöser als die Alten. Während die Jungen ihre Zukunft in einem Staatsbankrott hängen sehen, denken die Alten: Da deckt mich längst der Rasen.

Das System erscheint als ausgeklügelter Wahnsinn. Wie hat man vom konkreten Eigentum, das Geld schafft, zu diesem luftigen Gebilde kommen können, wo leere Pfänder gegen unbesicherte Eigentumstitel getauscht werden?

Es gibt zwei Gründe. Zunächst natürlich die Aufhebung des Goldstandards 1970; davon ist ja allenthalben die Rede. Daneben ist aber eine interessante Parallelität zu beobachten: 1970 ist auch das Jahr, in dem etwa in Deutschland die Kinderzahl erstmals unter zwei gefallen ist. Somit sind zum ersten Mal weniger Kinder zur Welt gekommen, als für die Erhaltung der Bevölkerungsstabilität notwendig wären. 1970 lösten sich also nicht nur die Währungen vom Goldeigentum, sondern es begann auch sichtbar die nunmehr galoppierende Vergreisung des Westens.

Die Vergreisung dürfte sich schwerlich per Beschluss stoppen lassen. Wäre aber die Rückkehr zu einem Edelmetallstandard in Ihren Augen eine Lösung für unsere Wirtschaften?

Edelmetallwährungen und -standards sind aus meiner Sicht nicht nur nicht erforderlich, sondern hinderlich, weil sie zu einer Beschränkung führen. Wenn nur Eigentum in Form von Gold für die Besicherung von Geld benutzt werden kann, liegt das Eigentum an der Viehweide und so weiter auf einmal ökonomisch brach. Eine Loslösung vom Edelmetall demgegenüber führt dazu, dass alle Eigentumsvarianten zur Geldschöpfung herangezogen werden können, und das ist in jedem Fall ein Fortschritt. Anders als die Vertreter der Österreichischen Schule halte ich das System deshalb nicht für prinzipiell schlecht. Im Gegenteil: das System ermöglicht maximale Eigentumsaktivierung – solange darin nicht gepfuscht wird.

Wenn Sie mit Pfuschen die besprochene Praxis von Zinsminimierung und Sicherheitsverzicht meinen, geht es dabei letztlich um die politische Manipulierbarkeit des Geldes, und die wird sich in unserem System nicht in den Griff kriegen lassen.

Es geht um die Manipulation der Zentralbanken. Was wir bräuchten, wäre ein Basel IV nicht für 10 000 Geschäftsbanken, sondern für die 30 oder 40 weltweit relevanten Zentralbanken, denn solange man oben immer wieder Benzin ins Feuer giesst, kann man unten regeln, soviel man will. Eine solche Zentralbankenregulierung könnten die G-20 eigentlich erlassen. Würden die beschliessen, dass alle Zentralbanken nur erstklassige Pfänder als Sicherheiten akzeptieren dürfen, anständiges Eigenkapital haben und 4 bis 5 Prozent Zins nehmen müssen, dann würde das System umgehend stabilisiert.

Das klingt in der Theorie super, in der Praxis jedoch besteht ein Anreizproblem, das sich auch mit dem besten Basel IV für Zentralbanken nicht lösen lassen wird: Letztlich haben die Staaten ein

Interesse daran, Schulden zu machen, und solange sie über die zuständigen Institutionen gebieten, werden die Regeln ihren Interessen entsprechen.

Das stimmt und ist vor Einführung des Euros auch bedacht worden. So hat 1989 der damalige italienische Notenbankpräsident Carlo Ciampi eine europäische Hyperzentralbank vorgeschlagen. Die nationalen Zentralbanken hätten bei ihr Geld zum Weiterverleihen an ihre Geschäftsbanken leihen müssen. Gegen ein Schuldpapier von Palermo hätte die *Banca d'Italia* dort keinen Euro gekriegt. Die Regelhärte dieser Überbank hätte dann alle Zentralbanken und diese wiederum alle Geschäftsbanken gezwungen, Geld nur gegen erstklassige Sicherheiten herauszugeben. Die heutige EZB ist ja nur eine kleine Tochter der 17 nationalen Zentralbanken. Sie hat keinen Geschäftsbankenverkehr und eigentlich überhaupt nur die Befugnis, den Geldzins festzulegen oder vielmehr zu verkünden. Bestürzenderweise darf sie für den Ankauf von Titeln frisches Geld schaffen und sitzt bei einem Eigenkapital von 11 Milliarden bereits per Ende März 2012 auf wackligen Papieren von 279 Milliarden. Fast noch abenteuerlicher sind die rund 145 Milliarden Euro an «Emergency Liquidity Assistance» oder ELA-Kredit an die Geschäftsbanken in Griechenland, Irland, Spanien und Zypern per Ende Juni 2012. Was die Banken dort an Sicherheiten vorlegen, weiss nicht einmal die EZB. Das liegt im freien Ermessen der nationalen Zentralbankchefs.

Auch eine Hyperbank klingt theoretisch super, der Einwand bleibt aber der gleiche. Wenn die Situation brenzlig wird, würde man – nun halt nicht per nationalen, sondern einstimmigen internationalen Beschluss – die Gesetze der Hyperzentralbank ändern, damit die Staaten weiterwursteln können.

Ich will Ihnen sagen, weshalb Sie recht haben. Warum hat man Ciampi verworfen? Die Südländer haben offen gesagt, dass sie Sicherheiten einer Güte, wie die deutsche Bundesbank und dann auch eine Hyperbank sie fordern würden, kaum hätten. Dürften die Zentralbanken in Lissabon, Rom und Athen aber keine Ramschpapiere als Pfand für frische Euros akzeptieren, könnten die solche Papiere begebenden Gemeinden, Regionen und Zentralregierungen ihre Beamten nicht mehr bezahlen. Wenn Deutschland das übernehme, würden sie ihrerseits die von Deutschland geforderten Besicherungsregeln akzeptieren. Deutschland knickte ein. Seitdem eiert das Grundgeschwür des Euros, dass er Einheitswährung sein soll, die überall 1:1 angenommen werden muss, aber nicht gegen überall gleich harte Sicherheiten emittiert wird.

Genau das Bezahlen des Südens aus dem Norden geschieht ja aber heute – ohne dass es eine Hyperzentralbank gäbe!

Ja, aber es ist schlimmer. Bei den ursprünglich vom Süden geforderten Transferzahlungen hätte man wenigstens einen harten Euro gehabt. Jetzt überweist man, während die Währung weiter unterminiert wird. ◀

«Jeder weiss, dass der Schuldenberg niemals abzutragen ist, und jeder hofft folglich, dass der Zusammenbruch erst erfolgt, wenn die eigene Privatseite erloschen ist.»

Gunnar Heinsohn